

Die UWG-Fraktion setzt sich dafür ein, dass für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr eine Verbesserung der Versicherungssituation bei Dienstunfällen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus angestrebt wird. Zudem stellt sie heraus, dass das beschaffte Notstromaggregat im Feuerwehrgerätehaus (FWGH) in der Altstadt einsatzfähig sein muss und auch die anderen FWGH ausgestattet werden müssen, sowie die Bereitstellung von Wechselkleidung gewährleistet sein muss. Außerdem fragt sie, ob seitens der Verwaltung schon Überlegungen und Planungen erfolgen, für die Nachbesetzung des Wehrleiters.

Die Verwaltung sagt zu, das Thema der Unfallversicherung zusammen mit dem Thema Aufwandsentschädigung aufzuarbeiten und dem Ausschuss in der nächsten Sitzung zu präsentieren. Den Punkten der Notstromversorgung und der Wechselkleidung stimmt sie zu. Hier besteht allerdings Abhängigkeit von Dritten, die nicht immer beeinflusst werden kann. Zudem können nicht alle Maßnahmen auf einmal umgesetzt werden – abgesehen von den haushalterischen Belastungen. Bezüglich der Besetzung der Wehrleitung befindet sich die Verwaltung schon zusammen mit der aktuellen Wehrleitung, Einheitsführern und anderen Personen in Gesprächen.

Die CDU-Fraktion sagt ihre Unterstützung zu allen Themen der Freiwilligen Feuerwehr und dem Brandschutzbedarfsplan zu und stellt den Wert des ehrenamtlichen Engagements nochmal heraus.

Von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird gefragt, ob der Ausschuss fortlaufend über die weiteren Entwicklungen und Umsetzungen der Maßnahmen informiert wird. Die Verwaltung bejaht dies.

Die FDP-Fraktion möchte wissen, warum kein Zeitstrahl für die Schaffung einer Alarmausfahrt auf die Gudenauer Allee aufgeführt ist.

Das liegt daran, weil die Maßnahme schon eingeleitet wurde und in der Prüfung ist. Die Verwaltung wird auf den Ausschuss zukommen mit einer Liste von Maßnahmen, die nach Prioritäten abgearbeitet werden müssen.